



Protokoll

der 28. - 31. Sitzung, Amtsjahr 2018 / 2019

4. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zur Kantonalen Volksinitiative "Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel" sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[14.11.18 10:00:38, WAK, FD, 16.1597.06, BER]

Die Mehrheit der Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) beantragt mit ihrem Bericht 16.1597.06, auf das Geschäft einzutreten und die Initiative zur Annahme zu empfehlen. Die Minderheit beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Georg Mattmüller (Vizepräsident der WAK): Steuergerechtigkeit bedeutet, dass alle Steuerzahlenden nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Diese ist bei hohen Einkommen deutlich höher. Aus diesem Grund hat die JUSO Basel-Stadt die kantonale Volksinitiative "Topverdienersteuer - für gerechte Einkommenssteuern in Basel" eingereicht. Die Initiative der JUSO fordert eine Erhöhung der Steuern für natürliche Personen bei einem steuerbaren Einkommen über Fr. 200'000 resp. bei Fr. 400'000 für Paare, von 26 auf 28% und eine dritte Steuerstufe von 29% bei Einkommen ab Fr. 300'000 resp. Fr. 600'000 für Paare.

Der Grosse Rat nahm im März 2017 am Text der Initiative einige redaktionelle Änderungen vor, fügte ihr eine Übergangsbestimmung bei, erklärte sie für rechtlich zulässig und überwies die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert 6 Monaten. Im September 2017 beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung um weitere 6 Monate, um die Volksinitiative zusammen mit der Berichterstattung zur kantonalen Steuergesetzrevision SV17 zu behandeln, was der Grosse Rat guthiess. Einer weiteren Fristverlängerung für die Berichterstattung stimmte im April 2018 auch das Initiativkomitee zu.

In der Folge beantragt der Regierungsrat im Rahmen des Ratschlags zur Umsetzung der Steuervorlage 17 die kantonale Volksinitiative "Topverdienersteuer" der JUSO den Stimmberechtigten mit Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung vorzulegen. In den Beratungen zur Steuervorlage 17 hat die WAK mit Hearing aller Beteiligten an 3 Sitzungen bis September 2018 die JUSO-Initiative zur Topverdienersteuer beraten. Die WAK kam in ihren Beratungen zum Schluss, dass die Initiative separat von der Steuervorlage 17 behandelt werden soll, da die Initiative weder inhaltlich Teil des Basler Steuerkompromisses ist noch die Initianten an den Gesprächen zu demselben teilgenommen hatten. Weiter wurden von der Kommission zusätzliche Vergleiche bezüglich Einkommens- und Vermögenssteuer von Basel mit Gemeinden des Umlandes eingefordert und in die Betrachtung miteinbezogen.

Die WAK entschied folglich an der Sitzung vom 28.6.2018 einstimmig, die Topverdiener-Initiative getrennt von der Steuervorlage zu behandeln und mit einem Stimmverhältnis 6 zu 5 dem Grossen Rat zu beantragen, die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen. So ergab sich die getrennte Berichterstattung durch Mehrheit und Minderheit.

Zu den Erwägungen der Kommissionsmehrheit: Im interkantonalen Vergleich bezahlen Topverdiener in Basel-Stadt aktuell wenig Steuern. Der Kommission vom Finanzdepartement vorgelegte entsprechende Vergleiche mit Binningen als Tiefsteuergemeinde und Liestal als eher Hochsteuergemeinde zeigen, dass selbst bei Annahme der Topverdienersteuer der Kanton Basel-Stadt sehr gut Verdienende meist weniger oder aber höchstens gleich stark besteuert. Diese werden durch die Steuervorlage 17 aufgrund der Steuersatzsenkung der Einkommenssteuern gegenüber mittleren und geringen Einkommen stärker entlastet und aufgrund der neuen Regelungen der Dividendenbesteuerung werden die Topverdiener im interkantonalen Vergleich immer noch weniger belastet. Daher ist es für die Mehrheit der Kommission gerechtfertigt, die Topverdienersteuer weiterhin zur Annahme zu empfehlen.

Zudem können mit der Annahme der Initiative die Belastungen der Steuervorlage 17 um geschätzte Fr. 16'000'000 gemindert werden. Eine Erhöhung der Steuern für Topverdienende mit Einkommen über Fr. 200'000 leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Dämpfung der zu erwartenden Defizite, damit der Finanzhaushalt des Kantons ausgeglichen bleibt. Die Mehrbelastungen für die betroffenen Topverdiener sind in der Summe für moderat zu halten und führen entgegen der Haltung der Minderheit der WAK nicht zu einer überproportionalen Belastung von sehr gut Verdienenden.

Weiter befürchtet die Minderheit ein Abwandern dieser einkommensstarken und vermögenden Steuerzahler in Richtung einer der Tiefsteuere Kantone in der Innerschweiz oder ins Ausland. Wer eine starke Präferenz zu Steuereinsparungen hat, hat den Kanton aber wohl schon längst verlassen. Im Rahmen einer Risikoabwägung ist die Mehrheit der Kommission klar

der Meinung, dass die Verbundenheit zum Kanton und die Attraktivität des Standorts Basel einer Abwanderung stärker entgegenwirken oder dass eine moderate Erhöhung der Steuern bei den höchsten Einkommensklassen zu Weggängen führen würde.

Die Kommissionsmehrheit beantragt daher dem Grossen Rat, die Initiative Topverdienersteuer dem Volk ohne Gegenvorschlag vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Referentin der WAK Minderheit): Für die Kommissionsminderheit, bestehend aus den sechs bürgerlichen Mitgliedern, zielt die Topverdienersteuer völlig in die falsche Richtung. Eine Annahme der Initiative würde zu einem massiven Abbau des Steuersubstrats des Kantons führen, denn die betroffenen Personen könnten ganz problemlos ihren Steuersitz in einen anderen, viel steuergünstigeren Kanton verlegen. Diese Prognose stellt keine Schwarzmalerei dar, sondern ist als sehr reale Gefahr einzustufen, weil nämlich genau dieser Personenkreis bereits mit der Steuervorlage 17 überproportional zur Kasse gebeten wird.

Für die Minderheit ist klar, dass Basel nicht noch einmal zur Steuerhölle der Schweiz werden soll, als welche unser Kanton noch bis weit in die 2000-er Jahre bekannt war. Mit der ab 2012 erfolgten Senkung der Einkommenssteuersätze verbesserte sich der Ruf unseres Kantons und ein Blick in die Steuerstatistik zeigt, dass seit 2010 die Anzahl der Steuerpflichtigen mit einem Reineinkommen von über Fr. 100'000 zugenommen hat. Dies bestätigt das bekannte Phänomen, dass die Steuerbelastung eines Kantons sehr wohl die Wohnortwahl von Privatpersonen beeinflusst.

Zur gleichen Schlussfolgerung kommt auch der Regierungsrat, der im Ratschlag zur SV17 folgendes schreibt: "Die Initiative Topverdienersteuer würde den Kanton zwar in statischer Betrachtung zu Mehreinnahmen von Fr. 16'000'000 führen... Dabei gilt es jedoch folgenden Zusammenhang hervorzuheben. Gemäss Eckwerten des Konsenses wird die Teilbesteuerung der Dividenden von heute 50% auf neu 80% erhöht. Diese Erhöhung würde zu Mehreinnahmen von Fr. 30'000'000 pro Jahr führen. Dieser Betrag stammt zu einem wesentlichen Anteil vom selben Steuersubstrat, das auch von einer Einführung der Topverdienersteuer betroffen wäre. Beide Massnahmen gemeinsam einzuführen, also die Teilbesteuerung der Dividenden zu erhöhen und gleichzeitig die Topverdienersteuer umzusetzen, ginge nach Ansicht des Regierungsrats zu weit. Die Attraktivität des Standorts für die betreffenden Einkommen würde abnehmen, schlimmstenfalls könnten sich deswegen die erwarteten Mehreinnahmen ins Gegenteil kehren. Der Regierungsrat empfiehlt die Ablehnung der Initiative, da der Kanton Basel-Stadt bei der Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden als einer unter sehr wenigen Kantonen noch über das vom Bund vorgesehene Minimum hinausgeht."

Die Kommissionsminderheit schliesst sich aus den genannten Gründen diesen Ausführungen an und beantragt Empfehlung auf Ablehnung der Initiative.

RR Eva Herzog, Vorsteherin FD: Wie bereits ausgeführt wurde, hat Ihnen der Regierungsrat mehrfach beantragt, die Frist zur Behandlung dieser Initiative zu verlängern, da wir der Meinung waren, dass wir dies mit der Steuervorlage 17 behandeln möchten und haben in unserem Ratschlag zur Steuervorlage 17 uns auch zur Topverdienersteuerinitiative geäussert. Wir haben Ihnen die Ablehnung empfohlen mit der Begründung, dass wir bei der Dividendenbesteuerung auf einen Anteil von 80% gehen. Das war damals schon der höchste Satz in der Schweiz, als man noch dachte, dass die Kantone auf 70% gehen müssen. Das liegt nun ja auch noch tiefer. Wir werden also in der Schweiz mit grossem Abstand zu anderen Kantonen den höchsten Satz haben.

Deshalb hat der Regierungsrat die selbe Meinung wie damals. Die Dividendenbesteuerung bleibt bei 80%. Wir sollten also nicht bei der gleichen Personengruppe eine zusätzliche Erhöhung vorschlagen. Wir lehnen deshalb die Topverdienerinitiative weiterhin ab, da in der Steuervorlage aufgenommen wurde, was wir vorgeschlagen hatten.

Daniela Stumpf (SVP): Im Namen der SVP bitte ich Sie, der Minderheit der WAK zu folgen und die Initiative der Stimmbevölkerung mit Empfehlung auf Ablehnung vorzulegen. Die von den Initianten vorgeschlagene Erhöhung des Einkommenssteuersatzes von heute 26% auf neu 28% bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 200'000 für Einzelpersonen und von heute 26% auf 29% bei einem steuerbaren Einkommen ab Fr. 300'000 ist aus Sicht der SVP-Fraktion standortfeindlich, gefährlich und gerade für unseren Kanton eine absolute Katastrophe.

Ich gehe nachfolgend gerne darauf ein, weshalb wir diese extremistische JUSO-Initiative ablehnen werden. Die Wirtschaft in Basel-Stadt ist auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Dies bringen sie stets dann auf, wenn es gegen die Initiativen der SVP geht. Dann sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Sie selbstredend wichtig. Doch geht es um Steuern und um Ihre ultralinken Anliegen, haben Rahmenbedingungen plötzlich keine Bedeutung mehr. Doch gerade diese nun vorliegende Initiative stellt sich sehr konkret und wie kaum je eine andere Initiative gegen die Wirtschaft und die guten Rahmenbedingungen für Arbeitskräfte unserer Region.

Bei einer Annahme der Initiative werden gute Steuerzahler den Kanton Basel-Stadt verlassen. Es reicht bereits, wenn einige wenige gute Steuerzahler nach Annahme der Initiative unseren Kanton verlassen werden, um theoretisch berechnete Mehrerträge in einen Minderertrag zu kehren. Der Kanton würde also im Gegenteil sogar Steuersubstrat verlieren und gleichzeitig auch keine neuen guten Steuerzahler mehr gewinnen, da er schlicht und ergreifend nicht mehr wettbewerbsfähig mit anderen Kantonen sein wird.

Die Folge wäre also, dass einerseits gute Steuerzahler unseren Kanton verlassen werden, die Steuereinnahmen zurückgehen und gleichzeitig das ebenfalls von Ihnen immer als sehr wichtig propagierte Ziel des Zuzugs in unseren Kanton unnötigerweise erschwert wird, zumal man sich durchaus die Frage stellen kann, ob man hier in dieser Region der Schweiz bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 200'000 bereits zu den Topverdienenden gehört, die Sie ja gerne

bekämpfen. Dieser Steuerausfall wäre natürlich mit entsprechenden Abbaumassnahmen bei den Kantonsaufgaben verbunden. Das wiederum lehnen Sie ab und werfen der bürgerlichen Seite vor, dass sie unnötig Abbau einfordert. Wenn aber dieser Vorschlag angenommen wird, wäre genau das die Folge.

Wir fragen uns, was genau der Ansatzpunkt für diese Initiative ist. Ist es Neid, Missgunst oder gar Ihr unbändiger Wille nach Umverteilung von oben nach unten? All das wären in Bezug auf diese Vorlage unredliche Ansatzpunkte, zumal Neid und Missgunst auch schlechte Begleiter und schon immer auch schlechte Berater waren. Denn eines dürfen Sie nicht vergessen: Gerade die von Ihnen, mit dieser Initiative angesprochenen Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons leisten häufig viel für unseren Kanton im sozialen und kulturellen Bereich. Sie sind bei uns wohnhaft und beteiligen sich mit Spenden und Unterstützungsbeiträgen sehr am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. Sie spenden für Tierheime, für Museen, für das Ozeanium, für Kulturveranstaltungen aber auch für Einrichtungen wie die GGG, Mütterberatungen, private Flüchtlingsunterkünfte, Obdachlosenheime und vieles mehr. Das sind ebenfalls Leistungen, die finanziert werden müssen. Wenn diese Einwohnerinnen und Einwohner sich also weiterhin für unseren Kanton und auch Ihre Anliegen engagieren wollen, wäre es falsch, sie mit zusätzlichen Steuern zu bestrafen.

Und schliesslich möchte ich Sie daran erinnern, dass wir erst vor Kurzem ein gemeinsames Paket zur kantonalen Umsetzung der SV17 hier im Grossen Rat beschlossen haben. Dieses Paket sieht Entlastungen für alle natürlichen Personen vor, alle Parteien und Fraktionen mit Ausnahme der BastA! haben diese Vorlage unterstützt und tragen den Kompromiss mit. Entsprechend besteht aus Sicht der SVP-Fraktion durchaus ein Zusammenhang zwischen diesem Kompromiss und dem jetzigen Nein zu dieser Initiative. Wir können nicht einerseits gemeinsam ein Steuerpaket durchsetzen, das Entlastungen vorsieht, und andererseits von radikalen Initiativen leiten lassen. Wir haben gerade in dieser Vorlage mit der Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden von 50% auf 80% etwas in dieses Paket eingebaut, welches Ihnen sehr entgegenkommt. Dieser Betrag stammt aus einem wesentlichen Anteil vom selben Steuersubstrat, welches auch von einer Einführung der Topverdienersteuer betroffen wäre.

Ich rufe Sie also auf, diese radikale, wirtschafts- und standortfeindliche ultralinke Initiative abzulehnen.

Zwischenfrage

Beda Baumgartner (SP): Halten Sie das Steuerniveau von Topverdienenden in Binningen und Liestal momentan für extremistisch?

Daniela Stumpf (SVP): Nein.

Sarah Wyss (SP): Ich gehe gerade auf diese Diskussion ein, die eben keine war. Daniela Stumpf, es erstaunt mich schon sehr, dass Sie von extremistisch sprechen. Im Vergleich mit dem Baselbiet etwa ist der Steuersatz absolut konkurrenzfähig und hätte überhaupt keine Steuerhölle zur Folge, wie Andrea Knellwolf wiederum gesagt hat. Diese Initiative hat auch nichts mit Neid zu tun. Damals kam eine Rückweisung des Budgets, es gab einen Abbauvorschlag, und wir stehen ganz klar für einen starken, effizienten Staat ein, und der braucht auch Mittel.

Wenn es so einen direkten Zusammenhang mit der WAK und dem SV17-Deal gegeben hätte, dann hätte ich überhaupt nichts dagegen gehabt, das einzubauen. Da ich im Initiativkomitee bin, hätte ich das durchaus so vertreten können. Wenn Sie das gewollt hätten, dann hätten wir eine Lösung gefunden. Aber Sie haben das nicht gewollt, und deshalb finde ich es etwas schwierig, hier einen Zusammenhang sehen zu wollen.

Diese Initiative ist nicht extremistisch, sie ist sogar sehr moderat. Sie fordert eine moderate Erhöhung ab Fr. 200'000 resp. Fr. 400'000 und eine dritte Steuerstufe. Und ja, für mich sind Personen ab einem steuerbaren Einkommen von Fr. 200'000 Topverdiener. Das bedeutet ungefähr Fr. 250'000 resp. Fr. 500'000 Einkommen. Das sind für mich Topverdiener. Das ist kein Schimpfwort, aber auch diese Personen sollen gemäss Bundesverfassung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Und das werden sie meines Erachtens im Moment zu wenig. Das ist der Grund für die Lancierung dieser Initiative.

Mir ist es wirklich ein Anliegen zu betonen, dass wir mit unserer Initiative noch völlig im Rang auch von Binningen, Liestal und der umliegenden Gemeinden liegen. Es kann also weder von einer Steuerhölle noch von Wirtschaftsfeindlichkeit oder einer extremistischen Initiative gesprochen werden. Wie Daniela Stumpf soeben bestätigt hat, findet auch sie, dass Basel-Landschaft keine extremistischen Steuersätze habe. Vielleicht sind wir uns hierin sogar einig, auch wenn ich verstehe, dass Sie generell dagegen sein müssen, dass eine Umverteilung von oben nach unten angestrebt wird.

Ich bin der Meinung, dass diese Initiative ein Problem bei den Wurzeln anpackt. Es ist ein kleines Puzzleteil. Ich stehe voll hinter dem Steuerdeal, den wir gemacht haben. Es ist ein guter Kompromiss, der gerade auch Topverdiener entlastet, was richtig ist. In diesem Sinne finde ich es aber auch konsequent, wenn wir wenigstens einen Teil davon wieder wettmachen.

In diesem Sinn beantrage ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Zwischenfragen

Patrick Hafner (SVP): Können Sie mir eine Interpretationshilfe geben dafür, warum die Fraktion Ihrer eigenen Regierungsrätin in den Rücken fällt?

Sarah Wyss (SP): Unsere Regierungsrätin macht, was sie für richtig empfindet, und die Fraktion ist eigenständig. Die Fraktion spielt eine andere Rolle als der Regierungsrat.

Christophe Haller (FDP): Sie bezeichnen die Gemeinde Liestal als nicht extremistisch. Ich habe einen Vergleich der eidgenössischen Steuerverwaltung von 2017 vorliegen, einen Vergleich aller Kantone. Da sieht man, dass die Gemeinde Liestal auf dem drittletzten Platz der ganzen Schweiz liegt. Ist das nicht extremistisch?

Sarah Wyss (SP): Es würde mir fernliegen, das Baselbiet für irgendwelche Positionen zu kritisieren, deshalb kann ich dazu nicht Stellung nehmen.

David Jenny (FDP): Wird die SP unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung ihre Parteisteuern für ihre Topverdiener erhöhen?

Sarah Wyss (SP): Ich bin nicht Parteipräsidentin. Ausserdem gibt es einen demokratischen Prozess. Ich kann Ihnen die Frage heute deshalb nicht beantworten. Ich kann Ihnen aber heute sagen, dass wir eine hohe Parteisteuer haben, und diese trifft vor allem die Gutverdienenden. Das wird wohl auch weiterhin so bleiben. Sie können sich aber gerne bei der SP anmelden und schauen, wie hoch Ihre Parteisteuer wäre.

Harald Friedl (GB): Ich bin etwas erstaunt. Ich werde als Extremist hingestellt, wenn auch nur indirekt, denn auch ich bin für die Topverdienersteuerinitiative.

Die WAK war der Meinung, dass die Initiative Topverdienersteuer gesondert von der SV17 behandelt werden sollte, weil sie nicht Bestandteil des Kompromisses ist. Das war innerhalb der WAK mehr oder weniger unbestritten. Die Initiative betrifft die steuerbaren Einkommen von mehr als Fr. 200'000 im Tarif A und von mehr als Fr. 400'000 im Tarif B. Wir sind der Meinung, dass es sich dabei um Topverdiener handelt. Diese Einkommen liegen weit über dem des Mittelstandes, wie er vom Bundesamt für Statistik definiert wird.

Die Initiative geht für das Grüne Bündnis in die richtige Richtung, da die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärker berücksichtigt wird bei Annahme dieser Initiative. Wir hätten uns sogar noch gewünscht, dass sie noch weiter gehen würde, vor allem im Bereich der Vermögensbesteuerung. Sie wissen wahrscheinlich alle, dass die Schere vor allem dort und zwar weltweit auseinander geht. Auch in diesem Bereich müssen wir dafür sorgen, dass die Schere nicht noch weiter auseinander geht, damit der soziale Frieden in der Schweiz aufrechterhalten werden kann.

Die Gegner der Vorlage malen mit tiefschwarzen Farben. Sie behaupten, dass das gesamte Steuersubstrat aufgrund einer Annahme dieser Initiative einbrechen würde. Der Vergleich mit Gemeinden in allernächster Nähe zeigt, dass Basel-Stadt weiterhin attraktiv sein würde, auch nach Annahme der SV17 und einer möglichen Annahme der Initiative. Wer die Steuern optimieren will und genügend mobil ist - und das ist eine wichtige Voraussetzung -, der hat den Kanton schon längst verlassen, dafür gibt es genügend Beispiele auch in jüngster Vergangenheit.

Es wurde erwähnt, dass die Initiative zumindest einen Teil der Ausfälle, die durch die SV17 entstehen könnten, mildern würde. Es gibt damit dem Kanton mehr Spielraum.

Die Initiative ist in unseren Augen weder extremistisch noch linksradikal, sondern massvoll, und sie geht in die richtige Richtung. Die Fraktion des Grünen Bündnisses empfiehlt Ihnen deshalb, die Annahme der Initiative zu unterstützen.

Christophe Haller (FDP): Ich möchte noch zwei, drei Punkte ergänzen. Regierungsrätin Eva Herzog hat gesagt, es wären die gleichen Personen betroffen von der massiven Erhöhung der Dividendenbesteuerung wie von der Topverdienerinitiative. Sie wissen, dass Basel jahrelang als Steuerhölle der Schweiz bezeichnet wurde. Man hat ab 2010 ein neues Steuersystem eingeführt, das dazu geführt hat, dass man nicht mehr so von Basel spricht. Was war die Folge davon? Steuerbare Einkommen über Fr. 100'000 haben seit 2010 in Basel-Stadt zugenommen. Das hat dazu geführt, dass wir ein reicher Kanton sind. Das dürfen wir einfach nicht so leichtsinnig aufgeben.

Diese Personen sind mobil, das Kapital ist mobil. Sie sind sehr schnell an einem anderen Ort. Wir wissen, Basel-Stadt ist ein Hochsteuernkanton. Es bestehen Vorhaben, dies zu korrigieren. Wenn nun die Kommissionsmehrheit Vergleiche mit den umliegenden Gemeinden anstellt, dann sind das Vergleiche zwischen Äpfeln und Birnen, vor allem der Vergleich mit Liestal. Für Einkommen von Fr. 500'000 eines Ehepaars mit zwei Kindern befindet sich die Gemeinde Liestal auf Platz 1896, also ziemlich am Schluss aller Gemeinden der Schweiz. Basel muss nicht am Schluss der Schweiz sein, wir haben den Anspruch, ganz vorne dabei zu sein, um unserer Bevölkerung ein starkes Steuersubstrat erhalten zu können.

In diesem Sinne bitte ich Sie, eine Empfehlung auf Verwerfung der Initiative abzugeben.

Patricia von Falkenstein (LDP): Die Steuerpolitik unseres Kantons muss verlässlich sein. Alle Steuerzahlenden, juristische und natürliche Personen, müssen im Voraus wissen, was der Staat von ihnen in Form von Steuern verlangt. Wir haben mit der SV17 versucht, eine solche Verlässlichkeit für die Zukunft zu schaffen. Alle Parteien waren dabei ausser die BastA! Alle mussten Kröten schlucken.

Ich bin nun erstaunt, dass die SP plötzlich mit Pascal Pfister und Harald Friedl behauptet, dass diese Topverdienersteuerinitiative kein Thema gewesen sei. Richtig, auf dem Papier, das in der Zeitung abgedruckt war, stand nichts dazu. Aber in den Diskussionen war es ein Thema, und wir haben klar gesagt, dass wir diese Topverdienersteuer nicht wollen. Nun zu behaupten, es sei anders gewesen, finde ich komisch. Entweder reden die Leute nicht zusammen,

oder ich weiss nicht, was passiert ist.

Das Anliegen, Gutverdienende hoch zu besteuern, wird immer wieder vorgebracht. Diese Besserverdienenden zahlen auch im interkantonalen Vergleich relativ viel. Wir haben schon viel gehört. Zu sagen, es sei eine Möglichkeit, nach Basel-Landschaft auszuziehen, ist doch einfach Blödsinn. Aargau, Fricktal, Solothurn sind auch gut zu erreichen. Denken Sie doch nicht nur an Familien. Doch auch diese könnten dahinziehen. Die Wohnungen sind günstiger, die Krankenkassenprämien sind günstiger. Einfach zu behaupten, alle würden hierbleiben, weil Basel so wunderschön ist, ist naiv. Mir gefällt Basel auch sehr und ich würde nicht wegziehen, aber nehmen Sie das nicht für alle an.

Die Fr. 16'000'000, die wir mehr erhalten sollen, können schnell wettgemacht werden durch einige Wenige, die wegziehen. Sie machen die Augen zu, und das finde ich nicht richtig. Die Gutverdienenden konsumieren hier, sie investieren hier, sie spenden hier. Wieso wollen Sie sie dann auch noch höher besteuern? Es ist ein Märchen zu sagen, dass wir keine Progression haben. Natürlich haben wir eine, und sie ist nicht gering. Es ist einfach komisch, dass mit SV17 alle Steuersenkungen erhalten und nun die Gutverdienenden wieder bestraft werden sollen. Das macht für mich keinen Sinn.

Wir sollten davon Abstand nehmen, und ich erwarte von den Grünen und den Linken, die den Kompromiss unterstützt haben, dass sie sich hier auch an das halten, was wir abgemacht haben, auch wenn es nicht in diesem Papier steht. Ich hoffe, dass auch die, die dabei gewesen sind, bei der Parolenfassung ihnen, der Finanzdirektorin und ihren SP-Regierungsräten folgen werden.

Zwischenfragen

Sarah Wyss (SP): Im Bericht der WAK steht, was im Hinterzimmer sonst noch besprochen worden ist, was nicht schriftlich ist, wissen nur die, die am Gespräch dabei waren. Aber der WAK-Bericht betont, dass diese Initiative nicht Teil des Deals war und auch nicht sein soll. Das war ein Entscheid. Wenn Sie das unbedingt gewollt hätten, hätten Sie das dann nicht in den Deal integrieren können? Kennen Sie die Steuersätze im Kanton Solothurn? Können Sie mir eine Gemeinde nennen, in der man weniger bezahlen muss als in Basel?

Patricia von Falkenstein (LDP): Hinsichtlich der zweiten Frage habe ich keine Ahnung. Was die erste Frage betrifft, so weiss ich auch nicht, was in der WAK passiert ist, aber es hätte nicht so passieren sollen.

Pascal Pfister (SP): Wir haben über sehr viele Dinge geredet, am Schluss haben wir das Paket schriftlich fixiert, und die Topverdienersteuer ist da nicht integriert, richtig?

Patricia von Falkenstein (LDP): Ja das stimmt, es steht nicht auf Papier, aber sie war Diskussionspunkt und von Anfang an war für alle klar, dass diese Topverdienersteuer nicht dazu gehört. Aber man kann natürlich sehr kleinlich sein und versuchen, sich so herauszureden.

Nicole Amacher (SP): Es erstaunt mich, dass diese Initiative als so extremistisch und gefährlich eingestuft wird, auch von WAK-Mitgliedern. Ich frage mich, warum nicht das Verlangen nach einem Gegenvorschlag vorgebracht wurde. Sie können dem WAK-Bericht entnehmen, dass diese Initiative nicht extrem ist und keine Argumente dagegen sprechen. Denn lediglich nur 1% der Steuerpflichtigen im Kanton Basel-Stadt sind davon betroffen. Es ist eine moderate Erhöhung, wie Sie der Tabelle entnehmen können.

Aber diese Initiative könnte einen Teil der zu erwartenden Ausfälle aufgrund der Einführung der SV17, die wir mitgetragen haben, kompensieren und mithelfen zu verhindern, dass deshalb in sensiblen Bereichen Abbaumassnahmen eingeleitet werden müssten.

Ich möchte auf den Aspekt eingehen, der immer vorgetragen wird. Ich finde es angebracht, die umliegenden Gemeinden in Vergleich zu ziehen, denn wie auch meine Vorredner teile ich die Ansicht, dass Personen, die nur darauf aus sind, Steuern zu sparen, sicher nicht unbedingt in Basel-Stadt wohnen würden und schon längst in die Innerschweiz gezogen wären. So können Sie der Tabelle entnehmen, dass bei einem Einkommen von Fr. 500'000 in Basel-Stadt mit Einführung der SV17 und der Topverdienersteuer Fr. 95'000 an Steuern fällig würden. In Binningen wären es Fr. 3'000 mehr, nämlich Fr. 98'518. Man kann in keiner Weise von einer extremistischen Erhöhung sprechen. Es ist eine moderate Erhöhung.

Die Empfehlung der WAK-Mehrheit ist wohlüberlegt und ich bitte Sie, dieser moderaten Erhöhung zuzustimmen.

Zwischenfrage

Patricia von Falkenstein (LDP): Wieso kommen Sie immer nur mit Binningen? Warum berechnen Sie nicht die Steuern in einer Gemeinde im Fricktal? Dies läge nicht weiter weg.

Nicole Amacher (SP): Ich stütze mich sehr gerne auf die verlässlichen Berechnungen des Finanzdepartements. Wie Sie wissen, lehnt dieses die Initiative ja auch ab, und ich denke, es hätte schon Zahlen vorgewiesen, die besser in seinem Sinne gewesen wäre.

Joël Thüring (SVP): Es gibt offenbar bei den Linken einige Erinnerungslücken, was diese Gespräche mit der Regierung zur kantonalen Umsetzung der SV17 anbelangt. Selbstverständlich haben wir diese Dinge bei dieser Gelegenheit

diskutiert und selbstverständlich haben wir auch die Topverdienersteuer diskutiert. Sie können uns nicht weismachen, dass wir ein Thema nicht diskutiert hätten zum Thema Einkommenssteuern, wenn wir gleichzeitig bei den Einkommenssteuern eine Senkung gemeinsam beschlossen haben.

Deshalb haben wir ja auch diesen Ratschlag anders und später behandelt, weil wir das Resultat der Verhandlungen zur SV17 abwarten wollten. Ich finde es nun schon ein bisschen erstaunlich, dass Sie bei der ersten Gelegenheit, die sich Ihnen bietet, wieder auf Ihre Fundamentalopposition in Bezug auf Steuern zurückkommen und eine ultralinke Initiative ihrer Jungpartei unterstützen, die nun wirklich absolut standortfeindlich ist. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass es einen Gegenvorschlag gibt zu dieser Initiative, nämlich die Dividendenbesteuerung, die wir enorm erhöhen. Schauen Sie sich diese an, sie ist im Paket zur SV17, und diese betrifft den genau gleichen Personenkreis, den auch die ultralinke Initiative betreffen würde. Dass Sie das nun durcheinander bringen wollen und damit eines Ihrer Anliegen noch durch die Hintertüre ebenfalls durchbringen wollen finde ich als Teil dieser Diskussionsrunde nicht ganz korrekt und fair.

Wir haben bereits gehört, was die Folge davon wäre. Sie erreichen damit gerade das Gegenteil, gute Steuerzahlende werden den Kanton Basel-Stadt verlassen. Sie müssen nicht immer mit Binningen kommen, der Zug ist längst abgefahren. Heute gehen die Leute ins Fricktal, ins Solothurnische. Ich kenne Steuerzahlende, die in den letzten Jahren ihren Wohnsitz nach Dornach verlegt haben. Das sind Steuerzahlende, die das dann auch künftig machen werden, wenn der Steuersatz derart erhöht wird. Das sind Leute, die eine weniger starke Bindung zum Kanton Basel-Stadt haben. Gerade diese Leute leisten in vielen Bereichen eine Unterstützung, auf die wir sehr angewiesen sind. Wenn wir diese nun unnötig verärgern, dann ist letztlich kein gutes Ziel erreicht. Wir sprechen hier von lediglich Fr. 16'000'000 Mehreinnahmen. Wenn zwei, drei finanzkräftige Personen wegziehen, wird sich dieser Betrag rasch in ein Minus kehren. Wegen Fr. 16'000'000 Mehreinnahmen eine derartige Neiddebatte vom Zaun brechen zu wollen halte ich wirklich für sehr kontraproduktiv.

Ich bitte Sie deshalb, bringen Sie dieses Konstrukt der gemeinsam erarbeiteten SV17 nicht durcheinander, lehnen Sie diese ultralinke JUSO-Initiative ab und bekennen Sie sich zum Steuerpaket, das wir gemeinsam beschlossen haben. Dort werden alle Ihre Punkte genauso berücksichtigt wie die von bürgerlicher Seite. Das war das Wesen dieses Kompromisses, und ich bitte Sie heute Nein zu stimmen.

Zwischenfragen

Tim Cuénod (SP): Sie haben die Initiative als ultralinks bezeichnet. Mit ihrer Umsetzung würde die Besteuerung höchster Einkommen auf das Niveau der steuergünstigsten Baselbieter Gemeinden angehoben. Ist also die Baselbieter Regierung aus Ihrer Sicht ebenfalls als ultralinks zu bezeichnen, wenn sie so furchtbar hohe Steuersätze für hohe Einkommen und Vermögen zulässt?

Joël Thüring (SVP): Ich beurteile nicht die politische Ausrichtung anderer Kantonsregierungen, ich möchte einfach darauf aufmerksam machen, dass es auch noch andere Kantone und Gemeinden gibt als nur den Kanton Basel-Landschaft. Ich habe das Fricktal und Dornach genannt, die nicht ultralinks sind und andere Steuersätze haben. Wenn die Regierung Basel-Landschaft hohe Steuersätze hatte und ultralinks war, dann haben die Wählerinnen und Wähler im März 2019 die Gelegenheit, das zu korrigieren und die Regierung weniger ultralinks zu machen.

Sarah Wyss (SP): Nein, die Initiative ist nicht Teil des Steuerdeals, sondern es ist ein Volksanliegen. Wir haben heute gehört, wie wichtig Ihnen Volksanliegen sind. Für diese Initiative wurden Unterschriften gesammelt. Haben diese Leute nicht auch ein Anrecht darauf, dass diese Initiative richtig behandelt wird? Sie hätten sich ja dafür einsetzen können, dass ein Deal zustande gekommen wäre.

Joël Thüring (SVP): Die Frage war eher ein Statement, aber ich verstehe, dass Sie als ehemalige JUSO-Vorsitzende Ihre Klientel bewirtschaften müssen. Insofern muss ich auf Ihre Frage keine weitere Antwort geben. Sie haben ja heute Morgen bewiesen, dass Ihnen das Volkswohl nicht so wichtig ist. Ich habe keine Angst vor der Abstimmung, ich bin einfach der Ansicht, dass wir das im Steuerpaket anders abgehandelt haben.

Nicole Amacher (SP): Wie Sie ausgeführt haben, könnte schon der Wegzug von ein paar Wenigen viel ausmachen. Es ist nur eine geringe Anzahl Personen betroffen. Denken Sie nicht, dass deren Liebe zu Basel-Stadt höher ist als die Einsparungen, die sie vornehmen könnten? Die wären doch sonst schon längstens weggezogen.

Joël Thüring (SVP): Aus Liebe zu Basel war einst ein FDP-Slogan, wenn ich mich richtig entsinne. Ich glaube nicht, dass es alle so machen würde. Wenn es ums eigene Portemonnaie geht, sind andere Prioritäten wichtiger. Es gibt noch andere Dinge, die eine Rolle spielen, wie beispielsweise die Prämien. Diese sind bei uns etwa 30% höher als im Kanton Solothurn oder Aargau.

André Auderset (LDP): Ich möchte nicht auf die Frage eingehen, inwiefern diese Initiative im Endeffekt im Saldo Steuerausfälle oder Steuereinnahmen generieren wird. Die meisten können die Gnade der späten Geburt geltend machen, indem sie nämlich das Desaster in Basel-Landschaft nicht miterlebt haben, als in den 1970-er Jahren eine Reichtumssteuer eingeführt wurde und die Reichen einen Exodus veranstaltet hatten.

Ich möchte auf ein anderes Phänomen eingehen. Links-grün will eine massive Steuererhöhung beschliessen, also eine

stark erhöhte Mittelzufuhr an den Staat. Das tut man normalerweise aus drei Gründen: Entweder weil der Staatshaushalt völlig desaströs ist, weil dringende neue Aufgaben anstehen oder weil die vorhandenen Mittel schlichtweg nicht reichen. All dies ist nicht der Fall, wir beschliessen fast in jeder Sitzung Luxusdinge, die *nice to have* sind. Solange wir dies alles tun können, geht es uns grausam gut. Wieso also soll der Staat noch mehr Mittel erhalten? Es ist nicht der Moment für eine Steuererhöhung, die Wirtschaft ist sowieso nicht dazu geeignet. Es gibt keinerlei Grund, ausser vielleicht Neid, und Neid ist nie ein guter Ratgeber.

Zwischenfrage

Sarah Wyss (SP): Gehe ich richtig in der Annahme, dass es keinen Handlungsbedarf gibt und folglich auch keine Notwendigkeit, im Budget Sparübungen vorzunehmen?

André Auderset (LDP): Das ist die übliche Frage nach dem Huhn oder dem Ei. Nein, das Budget wird nicht so akzeptiert werden, und zwar um zu verhindern, dass noch mehr Geld verschwendet wird und damit wir auch weiterhin auf unnötige Steuererhöhungen verzichten können.

Eduard Rutschmann (SVP): Seit Regierungsrätin Eva Herzog, SP, die Finanzen im Kanton richtet, geht es unserer Stadt finanziell mehr als gut. Zumindest sagt das die SP vor den Wahlen immer wieder. Mit Sicherheit hat Regierungsrätin Eva Herzog viel dazu getan, dass es unserer Stadt gut geht. Warum will jetzt ausgerechnet die SP unbedingt das Steuersystem in unserer Stadt ändern? Ich bin überzeugt, dass viele SP-Wähler und Mitglieder gar nicht wissen, was sie hier tun. Ich bin überzeugt, es interessiert sie nicht, sie sägen am Ast, auf dem sie und ihre Wähler sitzen. Ich kann das von den SP-Mitgliedern nicht verstehen. Ich weiss, viele Politiker von der SP, die Kommissionen geleitet haben und dann plötzlich viel verdient haben, wohnen jetzt in einem anderen Kanton aus Steuergründen.

Die Grünen kann ich noch verstehen, möchte aber nicht begründen, warum ich das verstehe.

Zwischenfrage

Nicole Amacher (SP): Denn sie wissen nicht, was sie tun! Ist das wirklich Ihre Meinung? Werfen Sie den SP-Mitgliedern Unmündigkeit in dieser Frage vor?

Eduard Rutschmann (SVP): Zu 110%!

Tonja Zürcher (GB): Ich finde die kreativen Wortschöpfungen zu dieser Initiative interessant. Ich bin gespannt, welche Worte Sie finden werden, wenn wir irgendwann eine wirklich linke Vorlage haben, und nicht einen so pragmatischen Vorschlag wie diesen hier. Nicht dass er nicht links wäre, aber ultralinks, linksextrem? Darunter kann ich mir anderes vorstellen, die Revolution bricht jedenfalls nicht aus und auch kein zweiter Landesstreik wird ausgerufen werden, wenn wir dieser Initiative zustimmen. Es wurde schon mehrmals gesagt, Basel-Stadt ist sehr attraktiv für gut und sehr gut verdienende Steuerzahler. Das wird sich mit dieser Vorlage auch nicht ändern, auch wenn Sie es noch so oft behaupten. Ich habe mich aber wegen des Hinterzimmerdeals gemeldet. Es sei schon mal in etwa diskutiert worden, und deshalb dürfen wir jetzt das, das in einen ähnlichen Bereich fällt, nicht mehr diskutieren, so heisst es in etwa von Ihrer Seite. Klar, im Papier steht nichts zu dieser Initiative, es sind also alle frei - selbst diejenigen Parteien und Parteivorsitzende, die das unterschrieben haben - dieser Initiative zuzustimmen.

Aber es ist klar, es gibt einen Zusammenhang mit der SV17. Es ist eine Korrektur im Bereich der Einkommenssteuer. Mit der Senkung des unteren Einkommenssteuersatzes hat man natürlich auch die Einkommenssteuern für den oberen Bereich gesenkt, denn auch die oberen Einkommen müssen den unteren Teil ihres Einkommens nach dem unteren Steuersatz besteuern. Diese Initiative nimmt in diesem Bereich eine kleine Korrektur vor und sorgt dafür, dass in den oberen Einkommen nicht weniger bezahlt werden muss. Das ist eine sehr pragmatische Vorlage, und ich hätte es gern noch ultralinker und extremer, aber wir diskutieren nun über die Initiative, die vorliegt.

Ich bitte Sie also die Diskussionen über Hinterzimmerdeals wegzulassen und dieser pragmatischen Initiative zuzustimmen.

Luca Urgese (FDP): Es ist schon amüsant. An dem einen Tag loben Sie Ihre Finanzdirektorin über den grünen Klee für ihre Finanz- und Steuerpolitik, und am anderen Tag wollen Sie dann ohne Not und gegen die ausdrückliche Haltung Ihrer Finanzdirektorin die Steuern erhöhen. Sie greifen hierbei mit den aufgeführten Zahlen zu einem politischen Taschenspielertrick. Zum einen lassen Sie die Vermögenssteuer völlig ausser acht, welche vor allem die betroffene Personengruppe trifft und bei der Basel-Stadt den zweitgrössten Steuersatz schweizweit kennt. Zum anderen haben Sie sich selektiv zwei Gemeinden ausgesucht, die Ihnen gerade in den Kram passen. Der Steuervergleich des Finanzdepartements zeigt, dass es schon in Rheinfelden (AG) und Dornach (SO) ganz anders aussieht. Wenn man dann schon Basel-Landschaft herbeiziehen will: Basel-Landschaft hat erkannt, dass es Handlungsbedarf gibt und plant deshalb Senkungen im Einkommens- und Vermögenssteuerbereich.

Besonders interessant sind auch die Ausführungen zur Risikoabwägung. De facto sagen Sie nichts anders als: "Der Schaden ist schon angerichtet, die Mobilen sind schon weg, und die Übriggebliebenen, die dieser Stadt die Treue halten wollen, die können wir jetzt so richtig melken, denn die gehen ohnehin nicht weg." Das ist keine verantwortungsvolle

Steuerpolitik. Basel-Stadt ist bei zwei von drei Faktoren, der Dividendenbesteuerung und der Vermögenssteuer, schweizweit Spitze. Es kann nicht unser Ziel sein, dass wir auch bei der Einkommenssteuer wieder einen grossen Schritt zurückmachen nach den Errungenschaften der letzten Jahre, zurück zur Steuerhölle Basel-Stadt.

Ich komme trotzdem nicht umhin, etwas zum Deal SV17 zu sagen. Sarah Wyss hat gesagt, dass wir mit dieser Initiative einen Teil von dem, was wir mit diesem Paket einleiten, wieder wettmachen. Im Ratschlagsentwurf des Regierungsrats, der uns vorlag, war ja diese Initiative Bestandteil. Wir haben diskutiert, wie wir mit den Einkommenssteuern umgehen, wo erhöht, wo gesenkt werden soll. Wir haben uns dann gemeinsam dazu entschieden, die höheren Einkommen über die Dividendenbesteuerung mehr zu belasten und wieder schweizweit an der Spitze zu stehen. Der SP-Präsident war nicht dagegen, deswegen hat er den Deal letztendlich ja auch unterschrieben und sich dazu bekannt, sich im Grossen Rat dafür einzusetzen.

Unsere Wählerschaft nimmt diese massive Erhöhung der Dividendenbesteuerung deshalb in Kauf, weil das Gesamtpaket SV17 stimmt. Wenn Sie nun bei allererster Gelegenheit und praktisch zeitgleich für dieselbe Personengruppe die Einkommenssteuern erhöhen wollen, dann gefährden Sie das Vertrauen in dieses Paket ganz direkt. Ich fordere Sie dazu auf, einen Schritt zurück zu machen, sich an das Paket zu halten, Ja zur SV17 zu sagen, Nein zur Topverdienersteuer. Bitte folgen Sie der Kommissionsminderheit.

Zwischenfrage

Sarah Wyss (SP): Wir haben das hier drei Mal verschoben, deshalb fällt das nun zeitgleich an. Sie haben auch mitgestimmt. Weshalb haben Sie damals das Traktandum überhaupt verschoben?

Luca Urgese (FDP): Weil wir uns in diesem Gremium einig waren, dass wir die Topverdienersteuerinitiative in diesem Gesamtpaket behandeln möchten, und nachdem Sie den Deal hatten, wollten Sie diese plötzlich separat behandeln.

Katja Christ (fraktionslos): Die Grünliberalen lehnen diese Initiative ab, aus verschiedenen Gründen. Einerseits gibt es formelle und inhaltliche Diskussionen. Wir haben demokratische Möglichkeiten, es ist legitim, Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, und diese Initiative wird auch vor das Volk kommen, und das Volk wird darüber entscheiden. Wir entscheiden ja nur darüber, ob wir das Zeichen der Bevölkerung geben, dass wir das unterstützen oder nicht. Das dürfen wir im Zusammenhang mit der SV17, die eine extrem wichtige Vorlage ist, nicht gefährden. Luca Urgese und Sarah Wyss haben das gemeinsam ausdiskutiert, man hat das zusammengelegt, weil es einfach inhaltlich zusammengehört. Wenn man nun die SV17 dem Volk zur Annahme empfiehlt und gleichzeitig die Topverdienersteuer auch noch zur Annahme empfiehlt, dann ist das unstimmg.

Wir haben eine Steuer, die progressiv ausgerichtet ist. Das trägt dazu bei, dass höhere Einkommen auch mehr beitragen. Über das Wenn und Aber, ob diese Leute nun auch noch wegziehen oder nicht, können wir nur spekulieren. Aber ich glaube, dass wir das ernst nehmen müssen und dass wir nicht die Augen vor der Realität verschliessen dürfen. Obere Einkommen sind schon stärker belastet, und bei aller Liebe zur Stadt, vielleicht gibt es schon eine Obergrenze.

Das sind Überlegungen, die mitspielen. Grundsätzlich sind wir eine Partei, die in die Zukunft investiert. Das ist im ökologischen Bereich so. Es kann sein, dass man heute Geld investiert in etwas, das einem später etwas einbringt. Das ist auch im finanziellen, steuerlichen Bereich so. Es ist eine Investition, den Topverdienern nicht noch eine Steuererhöhung aufzubürden.

Peter Bochslers (FDP): Der Name der Initiative ist gut gewählt. Topverdienersteuer. Das klingt viel weniger neidbeladen als Reichtumssteuer. Man könnte sogar sagen Topverdiener = nicht reich, denn bei uns sind viele Reiche solche mit viel Vermögen und nicht solche mit einem riesigen Einkommen. André Auderset hat darauf angesprochen, wie das in Basel-Landschaft gelaufen ist mit der Reichtumssteuer. Er hätte noch anfügen können, dass im Bereich des Speckgürtels Zürich Gemeinden die so genannte Reichtumssteuer erhöht haben und das Resultat war ein Exodus. Es war kontraproduktiv.

Wir haben nun immer von den Gemeinden gesprochen. Ich bin etwas erstaunt, dass ich das Wort Riehen und Bettingen nicht gehört habe. Damit meine ich nicht, dass man nach Riehen oder Bettingen ziehen sollte, aber wenn in Riehen nur zwei der zehn Reichsten ausziehen, dann bekommt Riehen ein finanzielles Problem. Und daran müssen wir auch denken.

Pascal Pfister (SP): Man kann für oder gegen die Topverdienersteuer sein, aber es wurde nun mehrmals der Deal zur SV17 angesprochen. Als ich für die Gewerkschaft gearbeitet habe, habe ich viele verschiedene Verhandlungen geführt. Wir haben jeweils über sehr viele Dinge gesprochen. Beim SV17-Deal haben wir auch über das Budgetpostulat gesprochen, auch darüber, dass wir diese Sachen getrennt behandeln. Ich habe nie mit nur einem Wort gesagt, dass wir bei Abschluss dieses Deals die Topverdienersteuerinitiative zurückziehen. Das habe ich weder gesagt noch wurde so etwas unterschrieben. Bleiben Sie da bitte bei den Fakten.

Zu diesem Deal haben sowohl wir wie auch Sie Zugeständnisse gemacht. Aber wir können nicht wegen dieses Deals aufhören, Politik zu machen und unsere Anliegen zu vertreten. Sie können Ihre Anliegen einbringen, die wir nicht teilen werden. Wenn Sie zum Beispiel mit dem Budgetpostulat und der Topverdienersteuer einen weiteren Deal machen wollen, dann hätte man separat darüber sprechen müssen, wobei ich schon jetzt sagen kann, dass die Erfolgchancen weniger gut gewesen wären wir für die SV17.

Trennen wir also ab heute voneinander, was nicht zusammengehört. Ich werde mich weiterhin für den SV17-Deal

einsetzen, weil er wichtig ist für unsere Stadt. Es wird eine Herausforderung werden, diese Abstimmung zu gewinnen. Aber lassen wir uns nicht davon abhalten, weiterhin Politik zu betreiben, denn das wäre definitiv nicht der Sinn dieses Deals gewesen.

RR Eva Herzog, Vorsteherin FD: Ich möchte ganz kurz noch etwas aus Sicht des Regierungsrats dazu sagen. Es wurde einerseits gesagt, man habe diese Dinge zusammengelegt. Man ist höchstens der Regierungsrat. Wir wollten das gemeinsam behandeln. Bereits in den Gesprächen mit den Parteien wurde klar, dass das nicht mehr zusammen behandelt werden will. Es war wirklich nicht Teil des Pakets. Es wurde diskutiert, aber es wurde nicht in das Paket integriert. Ich bitte, diese Vermischung nicht im Nachhinein zu machen.

Die WAK hat explizit entschieden, dies auseinanderzunehmen und zwei Berichte vorzulegen. Das ist das, was jetzt vorliegt, und das sollten wir entsprechend diskutieren. Es ist nicht ganz korrekt, dass man nach dem Deal etwas Neues fordert, weil man den Deal erreicht hat. Man hat über alles gesprochen und entschieden, was integriert wird und was nicht. Hier ist die Meinungsbildung frei.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Referentin der WAK Minderheit): Die WAK-Minderheit ist selbstverständlich nach wie vor der Meinung, dass diese Initiative sehr schädlich ist für den Kanton und empfiehlt die Ablehnung.

Georg Mattmüller (Vizepräsident der WAK): Die meisten Dinge sind gesagt worden. Regierungsrätin Eva Herzog hat noch einmal etwas Entscheidendes erwähnt, dass nämlich die Initianten nicht eingeladen waren zu den Gesprächen zum Kompromiss. Die Initiative wurde zwar in der Diskussion erwähnt, aber sie war nicht Bestandteil der Massnahmen. Deshalb hat auch die WAK diesen einstimmigen Entscheid gefällt.

Noch eine Bemerkung zur Steuerhölle: Diese hat sich nicht auf das bestverdienende eine Prozent bezogen, sondern auf die breite Bevölkerung. Da hat sich in den letzten Jahren Vieles getan. Nun mit diesem Schlagwort zu kommen finde ich etwas abwegig, im interkantonalen Vergleich ist dieses eine Prozent, über das wir hier sprechen, nicht am stärksten belastet.

Es geht halt um den Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Und daher ist diese moderate Anpassung auch mit den Auswirkungen der SV17 gerechtfertigt. Man muss einfach wissen, dass die Auswirkungen der SV17 auch dieses eine Prozent entlasten. Es ist also eine Mischrechnung. In diesem Sinne bitte ich Sie weiterhin, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I

Die Kommissionsmehrheit beantragt:

Empfehlung auf Annahme

Die Kommissionsminderheit beantragt:

Empfehlung auf Verwerfung

Abstimmung

zur Abstimmungsempfehlung

JA heisst gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit „Empfehlung auf Annahme“, NEIN heisst gemäss Antrag der Kommissionsminderheit „Empfehlung auf Ablehnung“

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 47 Nein. [Abstimmung # 652, 14.11.18 11:13:54]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten die Initiative zur **Ablehnung** zu empfehlen

Detailberatung

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum bereinigten Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 653, 14.11.18 11:15:08]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Die von 3'140 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte formulierte Volksinitiative "Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel" mit dem folgenden Wortlaut:

" § 36 des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (SG 640.100) lautet neu wie folgt:

1 Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird nach folgendem Tarif (Tarif A) berechnet:

Von CHF 100 bis CHF 200'000: CHF 22.25 je CHF 100.

Über CHF 200'000 bis CHF 300'000: CHF 28 je CHF 100.

Über CHF 300'000: CHF 29 je CHF 100.

2 Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird für in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebende Ehegatten sowie für Alleinstehende, die mit Kindern oder unter-stützungsbedürftigen Personen zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, nach folgendem Tarif (Tarif B) berechnet:

Von CHF 100 bis CHF 400'000: CHF 22.25 je CHF 100.

Über CHF 400'000 bis CHF 600'000: CHF 28 je CHF 100.

Über CHF 600'000: CHF 29 je CHF 100.

3 Für die Berechnung der Steuer nach diesen Tarifen werden die Frankenbeträge des steuerbaren Einkommens auf die nächsten 100 Franken abgerundet.

§ 234 des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (SG 640.100) wird um einen weiteren Absatz ergänzt:

Die Änderungen gemäss der formulierten Volksinitiative „Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel“ werden nach Annahme durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf den dem Abstimmungstermin folgenden 1. Januar wirksam.“

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf **Ablehnung** und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

II.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.